2010/41 Interview

https://www.jungle.world/artikel/2010/41/es-geht-um-ein-urbanes-rauschen

Klaus Ronneberger im Gespräch über die Proteste im Hamburger Gängeviertel

»Es geht um ein urbanes Rauschen«

von **pascal jurt**

Sind Künstler Agenten der Gentrifizierung? Ein Gespräch mit dem Soziologen Klaus Ronneberger über die Theorie der creative class und die Proteste im Hamburger Gängeviertel.

Sie arbeiten schon lange zum Thema Stadtentwicklung. Mit Bezugnahme auf den französischen Philosophen Henri Lefèbvre haben Sie immer wieder betont, dass das von ihm formulierte »Recht auf Stadt« auch ein »Recht auf Abweichung« beinhalte. Nun entdeckte aber gerade in Hamburg der Senat die kreative Klasse als Standortfaktor und gab sich zugleich als Gentrifizierungsverhinderer. Was ist passiert?
Ende letzten Jahres hatte der schwarz-grüne Senat den Rückerwerb des Gängeviertels beschlossen, das 2003 von der Finanzbehörde im Höchstbieterverfahren verkauft worden war und damit in die Hände eines holländischen Immobilenentwicklers geriet. Es handelt sich um ein ehemaliges Arbeiterquartier mit maroder Altbausubstanz. Nach den Vorstellungen des Investors sollten dort Bürotürme hochgezogen werden, obwohl die meisten Gebäude des Viertels unter Denkmalschutz stehen. Mit dem Rückkauf verband der Senat die Zusicherung, ein nutzerfreundliches Sanierungskonzept mit der Künstlerinitiative zu entwickeln, die im August 2009 einige Häuser im Gängeviertel besetzt hatte. Unter dem Motto »Komm in die Gänge« veranstalteten dort Künstlerinnen und Künstler ein permanentes Hoffest mit Konzerten, Kunstaktionen und Instandsetzungsmaßnahmen, um gegen die investorenfreundliche Politik des Senats zu protestieren. Das wurde von den Behörden geduldet, die weder eine Räumung noch entsprechende polizeiliche Maßnahmen anordneten.
Welche Gründe hat die künstlerfreundliche Haltung der Hamburger Stadtregierung?
Die Unterstützung von Prominenten wie Daniel Richter, Fatih Aki oder Rocko Schamoni hat viel dazu beigetragen, dass selbst Teile des arrivierten Bürgertums und die Medien Verständnis für die Besetzung zeigten. In der Öffentlichkeit dominierte die Wahrnehmung, es handle sich um eine Kunstaktion. Der Druck aus der Zivilgesellschaft hat wesentlich zur Kehrtwendung des Hamburger Senats beigetragen. Doch der sanfte Umgang mit den Besetzern verdankte sich auch einer Standortstrategie, die unter dem Label »Kreative Stadtentwicklung« populär geworden ist.
Was heißt das konkret?
Seit den achtziger Jahren hat das urbane System eine grundlegende Transformation erfahren. Vor allem in den Metropolregionen lässt sich der Übergang zu einer »postindustriellen« Basis beobachten: Wissens- und Symbolarbeit, Dienstleistungen und Konsumkultur nehmen dabei

einen zentralen Stellenwert ein. Als Reaktion auf die ökonomische Restrukturierung gewinnen deshalb neue Leitbilder an Bedeutung: so die »Wissensstadt« und die »kreative Stadt«. Hinter den neuen Erwartungen verbirgt sich mehr als nur die Möglichkeit städtischer Revitalisierung, die urbane Kultur wird als treibende Kraft eines neuen dynamischen Kapitalismus betrachtet. So argumentiert etwa der US-amerikanische Wissenschaftler Richard Florida, der von einer wachsenden Dominanz der creative class in den Metropolen ausgeht. Dazu zählt er jene Berufszweige, die an der kapitalistischen Wissensökonomie beteiligt sind: Forschung und Entwicklung, Finanzindustrie, Beratung, Werbung etc. Um die wissenschaftlichen und technologischen Communities räumlich zu verankern, müssen sich die Städte für diese Milieus als attraktiv erweisen. Es geht um ein »urbanes Rauschen«, das künstlerische und kreative Akteure anzieht. So empfiehlt Florida den Stadtregierungen, auch gay districts zu planen, da sich Städte mit einem hohen gay index durch überdurchschnittliche Raten unternehmerischer Innovation auszeichneten. Als wichtiger Bestandteil der »kreativen Stadtentwicklung« gilt die Ansiedlung von Kulturproduzenten in heruntergekommenen Stadtvierteln und Industriebrachen. Kritische Masse und Sozialität sind hier die entscheidenden Schlüsselbegriffe. Der neue urban boosterism sieht im Stadtleben nichts anderes als eine Ressource, die es ökonomisch in Wert zu setzen gilt.

Kulturproduzenten wehrten sich mit dem Manifest »Not in our Name, Marke Hamburg« gegen diese Vereinnahmung. Hat der Widerstand gegen die Vereinnahmung das Potential zu einer umfassenderen Gesellschaftskritik?

Gegenwärtig dominiert eine neoliberale Regierungsform, die das »Soziale« eher desartikuliert. Die Konzentration auf die Kulturen der Kreativität und des Erlebniskonsums ist mit einer Vernachlässigung von Alltagsaktivitäten und Institutionen verbunden, die nicht mit der Logik der Kulturalisierung kompatibel sind. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Mieterorganisationen und Stadtteilinitiativen mit ihren Anliegen in der Öffentlichkeit und bei den politisch Verantwortlichen nur wenig Gehör finden. Insofern war es ein geschickter Schachzug der Hamburger Künstlerinitiative, ihre Intervention mit der »Kreativitäts-Metapher« zu verknüpfen, die sowohl mit künstlerischem Handeln als auch mit unternehmerischer Produktivität assoziiert wird. Den Künstlern gelang es, den Diskurs der »kreativen Stadt« als Widerspruchsbeziehung zu artikulieren und den herrschenden Sinneffekt zu durchbrechen. Dazu trug auch die Vernetzung der Künstlerinitiative mit anderen Organisationen bei, die unter dem Label »Recht auf Stadt« organisiert wurde. Dieser Slogan stammt von Henri Lefèbvre, der damit die Aufwertungs- und Verdrängungspraxis des kapitalistischen Urbanismus angreifen will. Für ihn bedeutet »Stadt« immer auch Auseinandersetzung und Kampf um den Inhalt der städtischen Zentralität.

Ob die Gängeviertel-Aktion einen nachhaltigen Impuls für die antikapitalistische Stadtkritik auslöst, lässt sich noch nicht beantworten. Natürlich ist die Gefahr einer »Rekuperation« in die »kreative Stadtentwicklung« nicht auszuschließen. Das wird vor allem davon abhängen, ob sich die Besetzer darauf beschränken, eine Art von Künstlerkolonie zu errichten, oder ob ein Ort entsteht, der exemplarisch für die Forderung nach selbstbestimmten Lebens- und Wohnformen steht.

Die Diskussionen in Hamburg haben auf die Ambiguität des Gentrifizierungsbegriffs aufmerksam gemacht. Was bedeutet dies für die kritische Stadtforschung?

In der vorherrschenden Gentrifizierungskritik gelten Künstler als »Minenhunde« einer kapitalistischen Aufwertungsstrategie. Diese Zuschreibung finde ich zu simpel. Die meisten Kulturschaffenden sind prekäre Selbständige, die auf preiswerten Wohn- und Arbeitsraum angewiesen sind. Ein Künstlermilieu löst nicht automatisch einen Gentrifizierungsprozess aus. Das hängt davon ab, wie der lokale Bodenmarkt reguliert ist, welche Bebauungs- und

Nutzungsvorschriften existieren oder wie die jeweilige Stadtregierung in den Wohnungsmarkt eingreift. Der Gentrifizierungsbegriff sollte deshalb mit Vorsicht angewendet werden. Es bedarf also stets der konkreten Analyse einer konkreten Situation.

© Jungle World Verlags GmbH